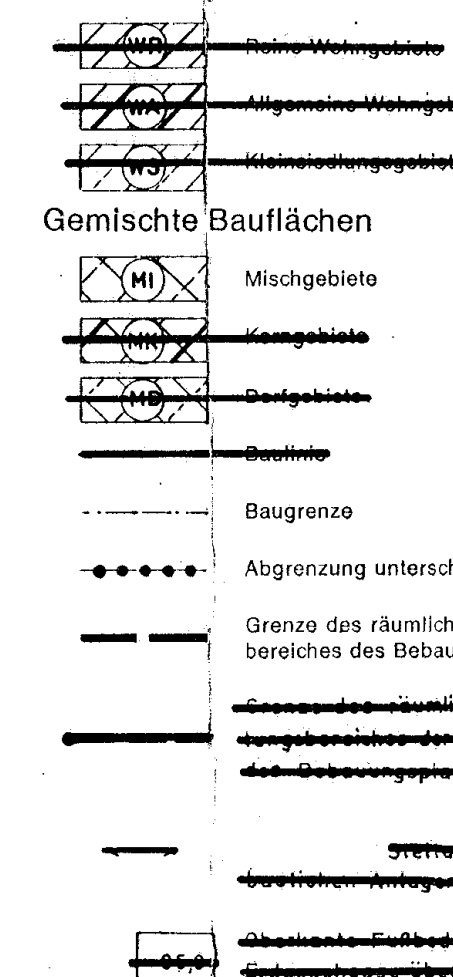


Maßstab 1:500

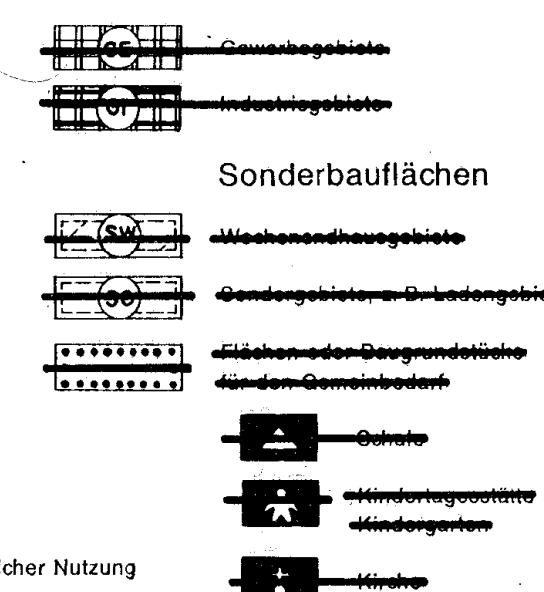
### Planzeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes (BBauG v. 18.8.1978 und  
ÄnderungsG. v. 6.7.1979)  
Art und Maß der baulichen Nutzung (BauNVO i.d.F. v. 15.9.1977)

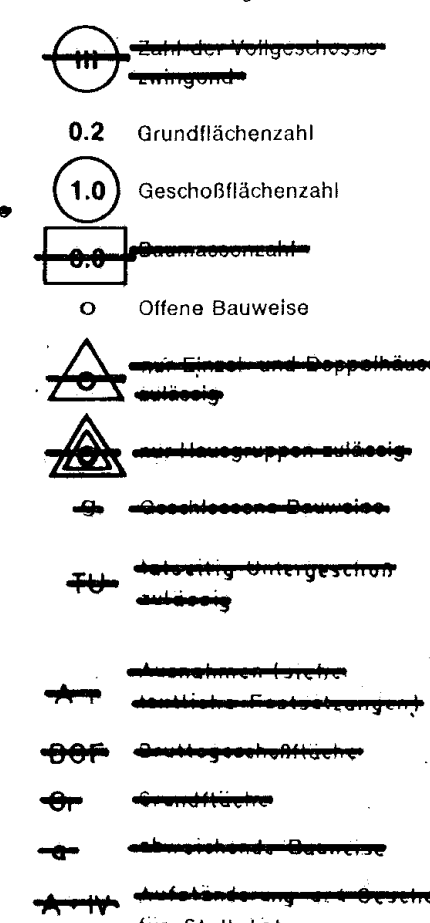
## Wohnbauflächen



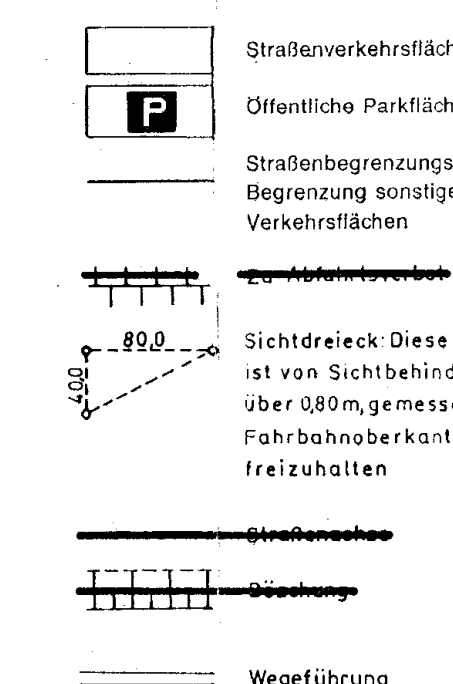
### Gewerbliche Bauflächen



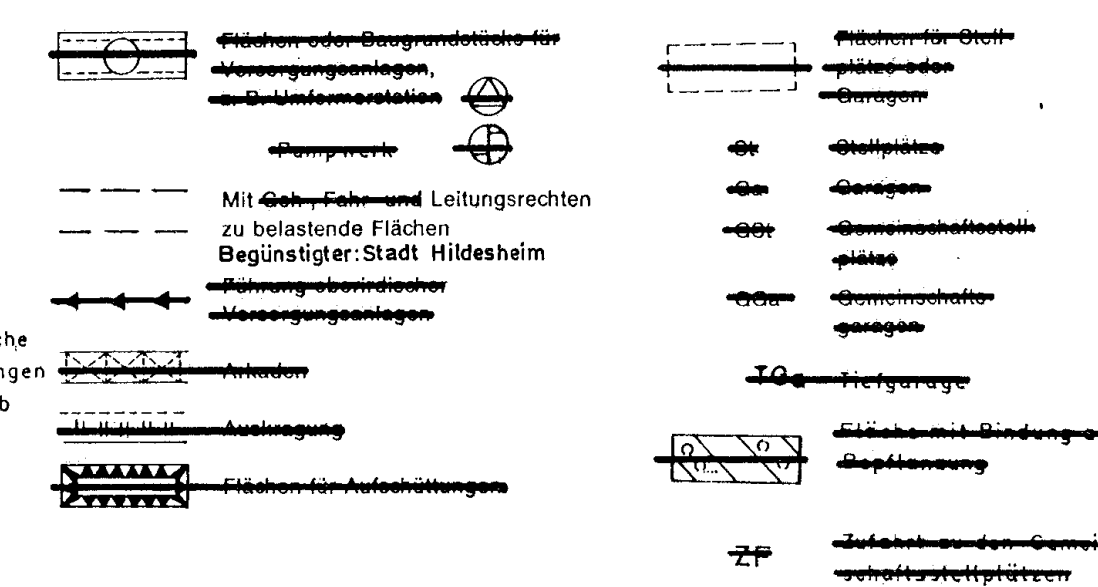
### III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze



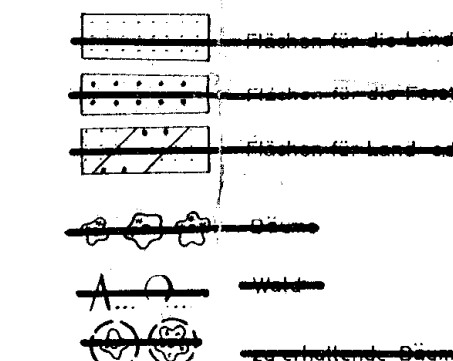
## Verkehrsflächen



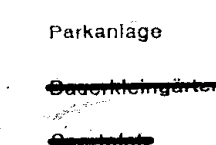
### Weitere Nutzungsarten



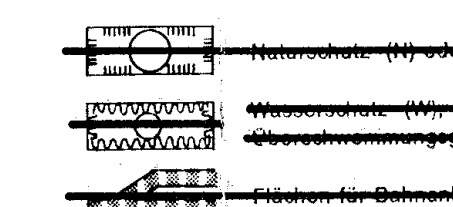
Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft



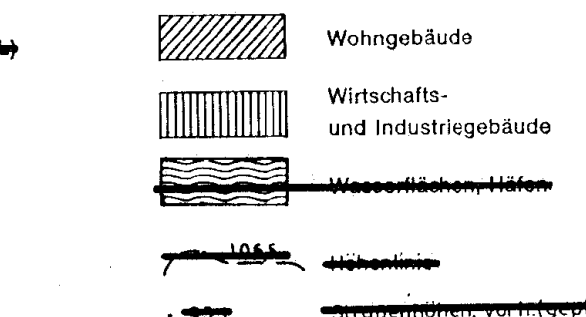
Öffentliche  
Grünflächen,  
z. B. Spielplatz



### Nachrichtliche Übernahmen



## Bestandsangaben



Hinweis:

Die ausgewiesenen Verkehrsflächen liegen mit ihrer Oberkante bis zu 1,3 m über vorhandenem Gelände. Eine drei Meter breite Fläche des Mischgebietes entlang dieser Verkehrsflächen dient zum Anschluß der Grundstücke an die Höhenlage der Verkehrsflächen. Der Anschluß kann erfolgen durch Aufschüttungen, Böschungen oder Mauern.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 30.7.1979). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Hildesheim, den 1.8.1979  
Stadtvermessungsamt  
Dr. Ruesch  
Vermessungsdirektor

Für die Aufstellung des Planentwurfs  
Hildesheim, den 1.8.1979

Stadtplanungsamt  
L. Baudirektor

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG in der Fassung vom 13. 03. 1976 vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 21.5.1979 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 6.7.1979 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte durch Bürgerversammlung am 10.7.1979. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Hildesheim, den 23.6.1980

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz in der Fassung vom 18. 08. 1976, in der Sitzung am 21.1.1980 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem § 2 a (6) BBauG beschlossen.

Hildesheim, den 23.6.1980

*K. K.*  
Stadtbaurat

Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2a 1b) Bundesbaugesetz vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am ..... die Änderung zugestimmt und die erneute öffentl. Auslegung beschlossen.

Hildesheim, den .....

.....

Stadthaus

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem § 2a (6) Bundesbaugesetz 18.08.1976 in der Zeit vom 26.2.1980 bis 25.3.1980 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am 18.2.1980 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der **Hildesheimer Allgemeinen Zeitung** bekanntgemacht worden.  
Walden 14.03.1980

Hildesheim, den 23.6.1960.

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 18. 08. 1976 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1955 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom **19. 5. 1980** als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigelegt. Ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 23.6.1980

*Münzer* (I.S.)

Oberbürgermeister

*Heinrich*

Oberstadtdirektor

Dieser **Bebauungsplan** mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz ab 22.12.1980 ...  
öffentlich aus  
Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 22.12.1980  
im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt-  
gemacht worden. Die **Hinweise** auf §§ 44c und 155a  
BBauG sind erfolgt. Mit der **Bekanntmachung** wird  
dieser Bebauungsplan **rechtsverbindlich**.  
Hildesheim, d. 01.01.1981

Keweenaw

**Folgende Festsetzungen gelten außerdem:**

A. Art der Nutzung:

Die Ausnahmen nach § 6 (3) BauNVO sind im Mischgebiet allgemein zulässig ( § 1 Abs.6 BauNVO ).

Im eingeschossig ausgewiesenen Teil des Mischgebietes sind die Nutzungen nach § 6 (2) 2., 3., 5 und 7. BauNVO nicht zulässig ( § 1 Abs.5 BauNVO ).

B. Überbaubare Grundstücksfläche:

1. Überdachte Eingänge dürfen die Baugrenzen ausnahmsweise bis zu 1,50m überschreiten.
2. Stellplätze und Garagen sind nur auf den überbaubaren Flächen zulässig.
3. Die Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Sie haben zu öffentlichen Flächen noch einen Abstand von mindestens 3,00m einzuhalten. Die mit Leitungsrecht belasteten Flächen dürfen nicht bebaut werden.

C. Stellplätze und Garagen:

Stellplätze und Garagen sind auf den Grundstücken nachzuweisen.